



„Berliner Tageblatt und Handels-Zeitung“ erscheint wochentlich zweimal, Samstag und Sonntag. Preis 1.00 M. pro Woche. ...

Interaktionspreis: 4 Zeile 90 Pf. (General-Anzeiger und Wohnung-Anzeiger 60 Pf.) ...

Berliner Tageblatt und Handels-Zeitung

Nr. 68. 41. Jahrgang. Mittwoch 7. Februar 1912

Das Wahlprüfungselend im deutschen Reichstage.

von Dr. Adolf Neumann-Hofer, Mitglied des Reichstages.

Die Prüfung der Legitimation seiner Mitglieder ist für jedes Parlament eine der dringlichsten Aufgaben. Dieser Sachverhalt ist eine solche Selbstverständlichkeit aus, daß er einer Begründung nicht bedarf.

Das ist der Hauptgrund, weshalb die Wahlprüfungskommissionen in den parlamentarischen Staaten eine so wichtige Aufgabe zu erfüllen haben. In Deutschland ist dies durch die Verfassung des Reichstages geregelt.

Die Wahlprüfungskommissionen sind in Deutschland durch die Verfassung des Reichstages geregelt. Ihre Aufgabe ist es, die Legitimation der Mitglieder zu prüfen.

Die Wahlprüfungskommissionen sind in Deutschland durch die Verfassung des Reichstages geregelt. Ihre Aufgabe ist es, die Legitimation der Mitglieder zu prüfen.

Die Wahlprüfungskommissionen sind in Deutschland durch die Verfassung des Reichstages geregelt. Ihre Aufgabe ist es, die Legitimation der Mitglieder zu prüfen.

Die Wahlprüfungskommissionen sind in Deutschland durch die Verfassung des Reichstages geregelt. Ihre Aufgabe ist es, die Legitimation der Mitglieder zu prüfen.

Die Wahlprüfungskommissionen sind in Deutschland durch die Verfassung des Reichstages geregelt. Ihre Aufgabe ist es, die Legitimation der Mitglieder zu prüfen.

Saufen geworden, um so rücksichtslos von ihren Aufträgen abgesehen zu werden? Keineswegs. Im Gegenteil, sie hatte geruht nach dem Recht, das das Parlament sich selbst geschaffen in vierjahrzehntelanger Arbeit.

Es war der offenbarste Krach der Wahlprüfungsmacht. Ein Mitglied der Rechten sprach es ganz offen aus: Die Wahlprüfungskommission hat ihre Schuldigkeit getan, aber wir brauchen künftig keine mehr; sie hat sich überlebt.

Zusätze, nur vom entgegengelegten Standpunkte aus, bedeuteten die Worte eines Mitgliedes der Linken: daß die Reichstagsmehrheit eine Abgeordnetengesellschaft zur Rettung vornehmlicher Mandate gebildet hätte.

Und auch ich äußerte mich dahin, daß die Wahlprüfungskommission, wenigstens in dieser Periode, eine sinnlose Einrichtung geworden sei. Darum stellte ich den Antrag, den gesamten Rest der noch zu prüfenden Wahlen ohne jede weitere Unterlegung und Erörterung für gültig zu erklären.

Die Kommission lehnte meinen Antrag, durch dessen Annahme sie nur mit ironischer Selbstentleerung der Situation Rechnung getragen hätte, leider ab. Ganz zweifellos war es aber, daß das mit unfreiwilliger Komik gekrönte Scheitern der Wahlprüfungskommission nicht schlagende Beweise für die Unmöglichkeit der Mandate gebildet hätte.

Es ist wie gesagt ein stiller Zusammenbruch. Es muß danach als ausgeschlossen gelten, daß der neue Reichstag diesen Tatsachen gegenüber die Augen schließt und die Wahlprüfungskommissionen lauten läßt wie bisher. Er wird sich überlegen müssen, was zu tun ist, um die Wiederkehr solcher Vorgänge zu verhindern.

Die erste Maßnahme betrifft die Zusammenfassung und die Arbeitsweise der Wahlprüfungskommissionen. Gleich bei der Bildung der Kommissionen müßten die Fraktionen seitens des Präsidenten und des Reichstages ausdrücklich erklart werden, für die erste Sitzung nur solche Mitglieder in die Wahlprüfungskommission zu entsenden, die von allen anderen Kommissionen freibleiben.

Die zweite Maßnahme ist die Zusammenfassung der Wahlprüfungskommissionen. Die dritte Maßnahme ist die Zusammenfassung der Wahlprüfungskommissionen.

Die vierte Maßnahme ist die Zusammenfassung der Wahlprüfungskommissionen. Die fünfte Maßnahme ist die Zusammenfassung der Wahlprüfungskommissionen.

Die sechste Maßnahme ist die Zusammenfassung der Wahlprüfungskommissionen. Die siebte Maßnahme ist die Zusammenfassung der Wahlprüfungskommissionen.

kommission dahin geht, Beweiserhebungen zu beschließen. Während der nächsten Zeit, in der die Beweise erhoben werden können, ruht der Antrag in der Kammer, um erst am Ende der Tagung zum Beschluß erhoben zu werden, wodurch zu allem noch eine Verschleppung der zu beschließenden Unterlagen tritt.

Die Anträge der Wahlprüfungskommission müssen als schleunige Anträge behandelt werden. Das ist der Kernpunkt der ganzen notwendigen Reform. Wenn jeder Antrag, den die Wahlprüfungskommission stellt, sogleich auf die Tagesordnung des Plenums gelegt wird, so ist die Beweiserhebung sofort vorgenommen worden, und dem unwürdigen Ausnahmefall ist so gut wie vollständig der Boden entzogen.

Der einzige Einwand, der sich gegen diesen Vorstoß erheben hat, ist dieser: mein Vorstoß kostet den Reichstag mehr Zeit als die bisherige Verfahren. Zunächst: das ist nicht wahr. Zeit vergeht mit Gehalt über Schächer und Lamento über Wahlbeeinflussungen haben und drüber hat der Reichstag auch beim jetzigen Verfahren, und mehr als einmal hat das Parteigewehr zu einem einzigen Fall eine ganze Sitzung gefüllt. Und zweitens: wenn es wahr ist, so ist es doch besser, als daß sich der Reichstag vor ganz Europa und den umliegenden Jüdinnen durch seine Unfähigkeit blamiert, zu prüfen, wer von Rechts wegen zu ihm gehört.

Zur Reichstagsöffnung.

Staktionsberatungen. — Die Präsidentenfrage. Das neu gewählte Reichsparlament wird am heutigen Mittwochs offiziell seine Tagung beginnen. Der feierlichen Eröffnung des Reichstages im Zeichen der Kaiser werden werden, folgt am 10. im Reichstagsgebäude die konstituierende Sitzung, der Abgeordnete als Alterspräsident, präsidieren wird. Diese Sitzung ist rein geschäftlicher Natur; es findet der übliche Namensaufruf statt, worauf die Vertagung wahlrechtlich bis Freitag erfolgt wird, um den Parteien Zeit zu geben, zur Präsidentenfrage Stellung zu nehmen.

Die Fraktionen haben zum Teil bereits gefasste Entschlüsse gefaßt. Die fortschrittliche Volkspartei wird erst heute zusammenzutreten. Gestern Abend vereinigte die neue Fraktion ein geüliges Zusammenkommen, das besonders der Einführung der neu gewählten Abgeordneten dienen sollte.

Die Fraktionen sind in der Sitzung der Sozialdemokraten ab. In der Sitzung der Sozialdemokraten nahmen naturgemäß die Erörterungen über die Präsidentenfrage einen breiten Raum ein. Wie verlautet, wurden Beschlüsse nicht gefaßt. Die Gesamtentscheidung läßt sich dahin charakterisieren, daß die nationalliberale Partei „einerseits“ nicht der Meinung blüht, die sozialdemokratische Partei verläßt sich auf die Majorität, andererseits aber auch Zweifel am Bestehen einer Einkommensmajorität über die Mehrheit der Sozialdemokraten bestehen.

Die sozialdemokratische Fraktion wird daher von einem ausgeprochenen Vinspräbium nichts wissen. Sie erkennt jedoch den Anspruch der Sozialisten auf einen Sitz im Präsidium als gerechtfertigt an. Die Fraktion ist auch geneigt, für einen sozialistischen Vizepräsidenten zu stimmen, falls dieser die Erklärung abgibt, sich an den üblichen Befehdes Gesamtpräsidiums beim Kaiser beteiligen zu wollen.

In der sozialdemokratischen Fraktionssitzung soll man sich nach längerer Debatte über die Frage, ob die Partei gemäß ihrer Stellung als höchste Fraktion den Vizepräsidenten fordern oder aber sich mit dem 1. Vizepräsidenten begnügen solle, für den letzteren Anspruch entschieden haben. Obgleich die große Mehrheit der Fraktion als erster Vizepräsident der Abgeordnete Scheidemann in Vorschlag gebracht werden. Der Abgeordnete Dieck hat gegen von seiner Partei abgesehen. Die Sozialdemokratie will ferner auch mindestens einen Sozialdemokraten im Vorstand des Reichstages vertreten sein. In Vorschlag wurde wieder, wie schon 1907, der Abgeordnete Richard Fischer gemacht.

Konspiziert wird die Präsidentenwahl wahrscheinlich dadurch, daß auch das Zentrum Anspruch auf den ersten Vizepräsidenten erheben wird. Nach Mitteilungen aus Zentrumskreisen ist man der Ansicht, daß den Sozialdemokraten unter der Voraussetzung, daß sie die Angelegenheit beim Monarchen anerkennen, der Vizepräsidentenamt werden müsse. Befonders ernst ist es den Zentrumskreisen mit dieser Forderung natürlich nicht. Sie hoffen vielmehr, daß die Sozialdemokraten entweder ihre „hoffende Verpflichtung“ oder aber den Präsidentenposten ablehnen werden. Dann dürfte das Zentrum seine Stimmen einem konservativen Präsidenten, und wahrscheinlich wieder dem Grafen Schwerin-Löwis zuwenden. In diesem Falle läge alles auf der Haltung der Nationalliberalen an; nimmt von ihnen nur ein halbes Dutzend für den konservativen Bewerber, so würde das Zentrum mit ihren bisshinwärtigen zusammenhängen dürfen, eine Mehrheit für den konservativen Präsidenten.

Zu dem Zweck, die Verhinderung des ganzen Wahlprüfungsgeschäfts, besonders nachteilig wirkt diese Methode dann, wenn der Antrag der Wahlprüfungskommissionen nicht angenommen wird.